

Kurzbericht Lage der Demokratie in Österreich

Einblicke aus 7 Jahren Demokratie Monitor
(2018-2024)

Martin Haselmayer / Christoph Hofinger /
Martina Zandonella

Wien, November 2025

Inhaltsverzeichnis

Kurz-Fazit.....	3
Einleitung.....	4
1 Zentrale Befunde zur österreichischen Demokratie.....	5
2 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?	9
3 Schlussfolgerungen.....	12
Literaturverzeichnis	15
Anhang	16

Kurz-Fazit

Hohe Demokratiewertschätzung, sinkendes Systemvertrauen: Rund 90% halten Demokratie 2018 wie 2024 für die beste Staatsform. Gleichzeitig sank die Zufriedenheit mit dem politischen System von 66% (2018) bis auf 33% (2022) ab und lag 2024 bei 43%.

Eindruck der Interessens-Wahrnehmung durch die Politik, Erleben der eigenen Gleichwertigkeit und Institutionenvertrauen haben den größten Einfluss auf den Eindruck in der Bevölkerung, dass das politische System in Österreich gut funktioniert.

Ökonomische Ungleichheit als Kernproblem: Politische (Nicht-)Beteiligung und fehlendes Vertrauen unterscheiden sich stark nach Einkommen.

Repräsentationslücke statt Institutionenkrise: Vertrauen in Justiz, Wahlen, Gesetzgebung und den VfGH bleibt hoch; verloren ging vor allem das Gefühl, im Parlament gut vertreten zu sein und dass die Politik den Interessen der Menschen folgt.

Geschlechterunterschiede: Über die Einkommensgrenzen hinweg besteht eine Repräsentationslücke zwischen Männern und Frauen, die sich auch in geringerer Demokratiezufriedenheit der Frauen niederschlägt.

Einleitung

Demokratien stehen weltweit unter Druck: Ökonomische Ungleichheit, Machtkonzentrationen, Polarisierung und sinkende politische Responsivität untergraben das Vertrauen in repräsentative Politik. Zugleich entsteht eine Kluft zwischen formaler Gleichheit und erlebter Wirksamkeit: Menschen erleben, dass ihre Anliegen nicht durchdringen. Diese Spannung befeuert populistische Erzählungen „einfacher Lösungen“ und relativiert liberale Errungenschaften wie Grundrechte, Gewaltenteilung und eine unabhängige Justiz.

Neben Klasse, Bildung und Staatsbürger:innenschaft wirkt Geschlecht als weitere, oft übersehene Ungleichheitsdimension, die Zugänge zu Ressourcen und damit politischer Teilhabe strukturiert.

Vor diesem Hintergrund richtet dieser Kurzreport den Blick auf die Wahrnehmung der österreichischen Demokratie in der Bevölkerung.¹ Auf Basis des Demokratie Monitors (2018–2024)² zeigt sich: **Die Demokratie bleibt klar bevorzugte Staatsform, doch das Systemvertrauen ist gesunken**, und eine Repräsentationslücke hat sich besonders im unteren Einkommensdrittel geöffnet.

¹ Für die Stabilität und Qualität einer Demokratie ist natürlich nicht ausschließlich die Wahrnehmung der Bevölkerung, sondern auch das verantwortungsbewusste, gemeinschaftsorientierte und verfassungskonforme Verhalten zentraler Akteur:innen und Institutionen von Bedeutung; dieser politisch-institutionelle Aspekt wird jedoch in diesem Bericht, der auf die Wahrnehmung der Bevölkerung fokussieren soll, ausgeklammert.

² Der Österreichische Demokratie Monitor wird seit 2018 von FORESIGHT (bis 2023 SORA) unter der Leitung von Martina Zandonella durchgeführt. Jährlich wird eine repräsentative Stichprobe der österreichischen Wohnbevölkerung befragt und die Daten analysiert. Finanziert wird der Demokratie Monitor von einer Reihe an Förderer-Institutionen; mehr Informationen zum Projekt und den Ergebnissen unter www.demokratiemonitor.at.

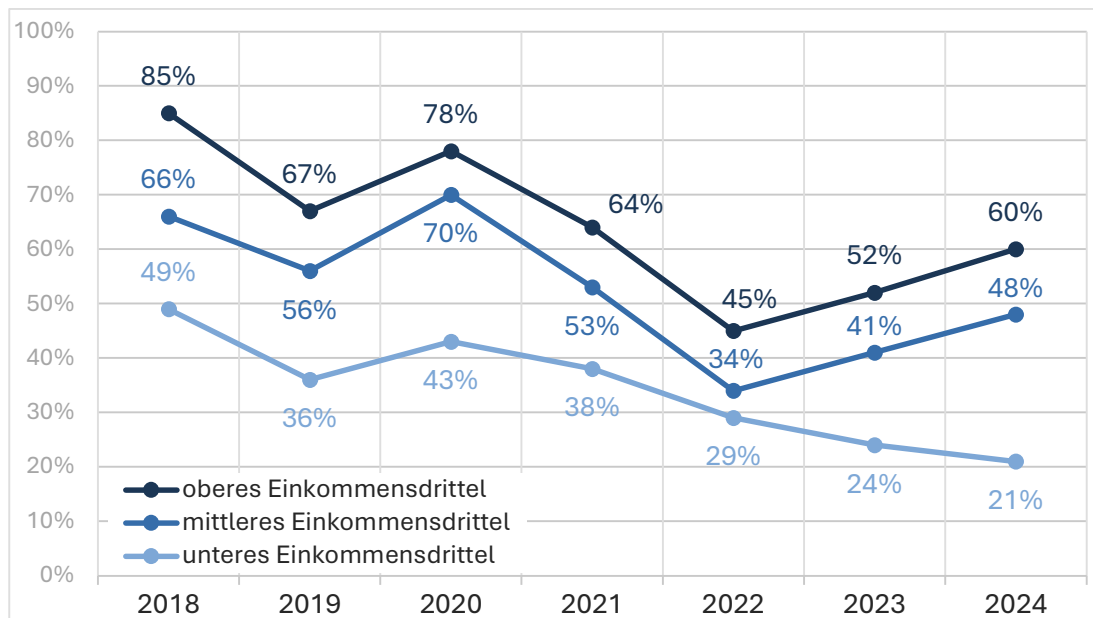
1 Zentrale Befunde zur österreichischen Demokratie

Die ökonomische Lage ist das entscheidende Kriterium für das Vertrauen in das politische System in Österreich. Die Entwicklung im unteren Einkommensdrittel hat sich über die vergangenen Jahre hinweg zudem vom Rest der Bevölkerung abgekoppelt (Abbildung 1).

So sticht im mittleren und oberen Einkommensdrittel hervor, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 bis 2022 deutlich eingebrochen ist. Im ersten Corona-Jahr 2020 hatte sich die Demokratie-Zufriedenheit nach dem „Ibiza-Hänger“ 2019 kurzfristig wieder erholt. Doch bereits im Jahr 2022 gaben in den beiden oberen Dritteln um rund 30 Prozentpunkte weniger Menschen als 2020 an, dass das politische System in Österreich gut funktioniert.

Im unteren Einkommensdrittel fällt die Zufriedenheit dagegen über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus, und sie schwankt auch nicht so stark entlang aktueller Ereignisse wie Ibiza-Skandal und Corona-Pandemie. Bereits 2018 war nur jede:r Zweite mit wenig Einkommen davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert, inzwischen ist dieser Anteil weiter – auf ein mageres Fünftel – gesunken. Seit 2020 geht die Zufriedenheit im unteren Einkommensdrittel stetig zurück, während im mittleren und oberen Drittel ab 2023 wieder eine Erholung eingetreten ist.

Abbildung 1: Das politische System funktioniert sehr/ziemlich gut (Einkommen)



Quelle: Demokratie Monitor 2018 – 2024.

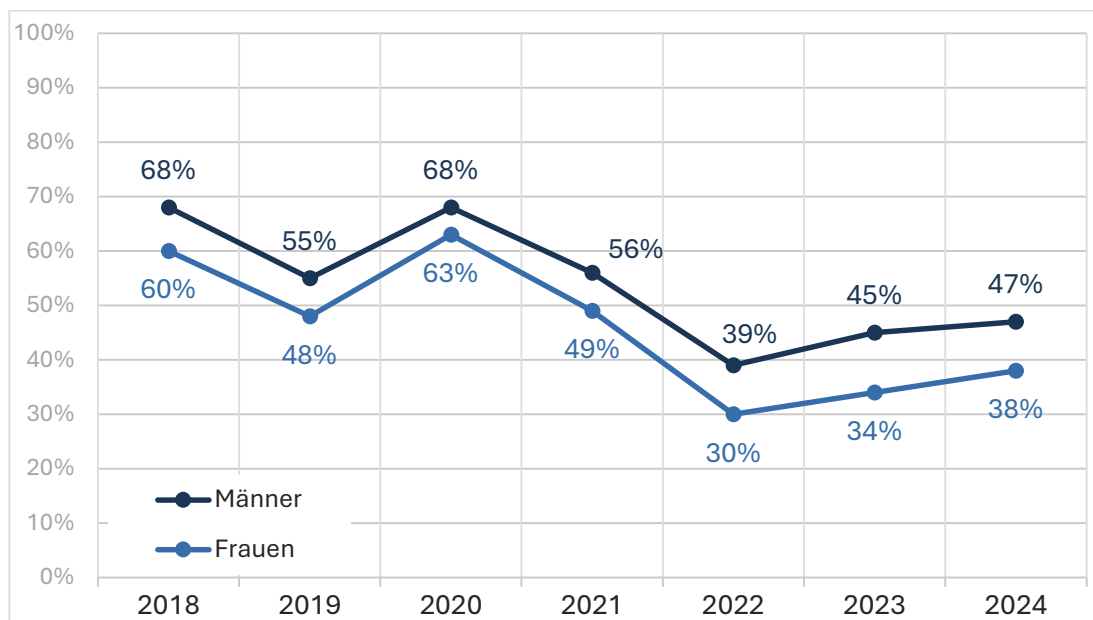
Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Die ökonomische Situation prägt die Lebensrealitäten der Menschen und führt damit auch zu unterschiedlichen Erfahrungen mit dem demokratischen System. Das geringere Vertrauen des unteren Drittels speist sich aus kontinuierlichen Exklusionserfahrungen in Bezug auf ökonomische Sicherheit, gute Arbeit und gesellschaftliche Wertschätzung.

Diese Erfahrungen spiegeln sich auch in der sinkenden Wahrnehmung der politischen Repräsentation und steigenden Ohnmachtsgefühlen wider. So war 2024 nur ein Fünftel der Befragten aus dem unteren Einkommensdrittel der Meinung, gut im Parlament vertreten zu sein, während dies auf drei Fünftel des oberen Einkommensdrittels zutrifft. Inzwischen denkt nur mehr eine Minderheit der Menschen im unteren Drittel, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können (2024: 22%). Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Entwicklung zeigen sich auch bei den letzten beiden Nationalratswahlen, wo jeweils rund 40% berichten, ihre Stimme nicht abgegeben zu haben.

Eine ähnliche, wenn auch deutlich geringere Lücke zeigt sich zwischen den Geschlechtern. Wenngleich die Entwicklung des Systemvertrauens von Männern und Frauen gleichförmig verläuft, besteht ein relativ konstanter Geschlechter-Gap, wobei die Zustimmung bei Männern im Durchschnitt um etwa 10 Prozentpunkte höher ausfällt (Abbildung 2).

Abbildung 2: Das politische System funktioniert sehr/ziemlich gut (Geschlecht)

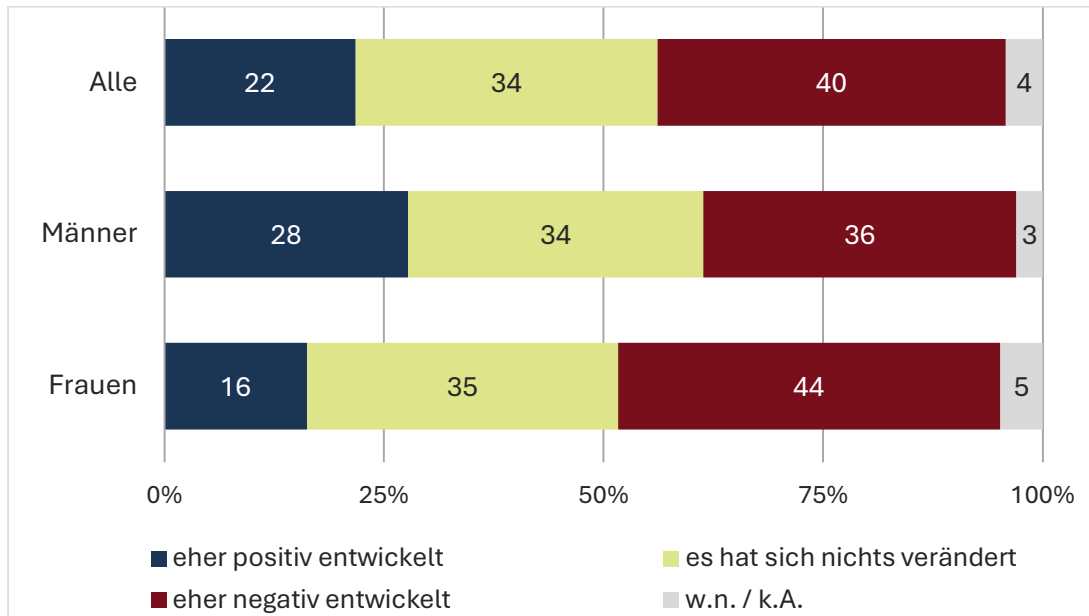


Quelle: Demokratie Monitor 2018 – 2024.

Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Im Sommer 2025 sahen nur 16% der Frauen in Österreich eine gute Entwicklung seit der Nationalratswahl 2024, um 12 Prozentpunkte weniger als die Männer – dafür überwog bei den Frauen mit 44% bei weitem der Eindruck einer negativen Entwicklung (Abbildung 3).

Abbildung 3: Einschätzung der Entwicklung Österreichs seit der Nationalratswahl



Quelle: FORESIGHT im Auftrag des ORF, repräsentative Bevölkerungsbefragung Juli 2025.

Frage im Wortlaut: „Hat sich Österreich seit der letzten Nationalratswahl im vergangenen Herbst eher positiv oder eher negativ entwickelt, oder hat sich alles in allem nichts verändert?“

Dieser Befund überträgt sich auch auf die wahrgenommene politische Repräsentation und die eigene Erwartung, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können: beide Aspekte schätzen Männer (über alle soziodemografischen Kategorien hinweg) um rund 10 Prozentpunkte höher ein als Frauen. Diese Unterschiede zeigen sich auch in der Wahlteilnahme: Bei der letzten Nationalratswahl lag die berichtete Beteiligung von Frauen um zehn Prozentpunkte unter der von Männern.

Die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung zeigt für zahlreiche Staaten – auch für Österreich – dass die politischen Anliegen der unteren Einkommensgruppen seltener Teil der politischen Debatten sind, in den Parlamenten schlechter vertreten werden und dort auch weniger Chance auf Umsetzung haben (u.a. Elsässer & Schäfer 2017; Peters & Ensink 2015). Ein ähnlicher Befund liegt für die Interessen von Frauen und gesellschaftliche Minderheiten vor (u.a. Lowande et al. 2019; Wänglerud 2009).

Das Ergebnis fehlender Repräsentation und politischer Responsivität spiegelt sich einerseits in einer wachsenden und sich verfestigenden **ökonomischen Ungleichheit** und Konzentration an der Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung wider: so Verdienen ATX-Vorstände 2023 das 64-fache der österreichischen Median-Einkommens (Hudelist & Haager 2024) und das reichste Prozent der Österreicher:innen besitzt mehr als 40% des gesamten Vermögens (Ferschli et al. 2017).

Darüber hinaus sind in Österreich derzeit rund 1,5 Millionen Menschen im Wahlalter von der politisch wirksamsten Beteiligungsform ausgeschlossen, da Ihnen mit der österreichischen Staatsbürger:innenschaft die Grundlage für die Teilnahme an Wahlen fehlt. Dies trifft nicht nur das untere Einkommensdrittel, sondern auch die junge Generation besonders hart, denn in Wien haben 44% der 16- bis 30-Jährigen kein Wahlrecht (Statistik Austria 2025).

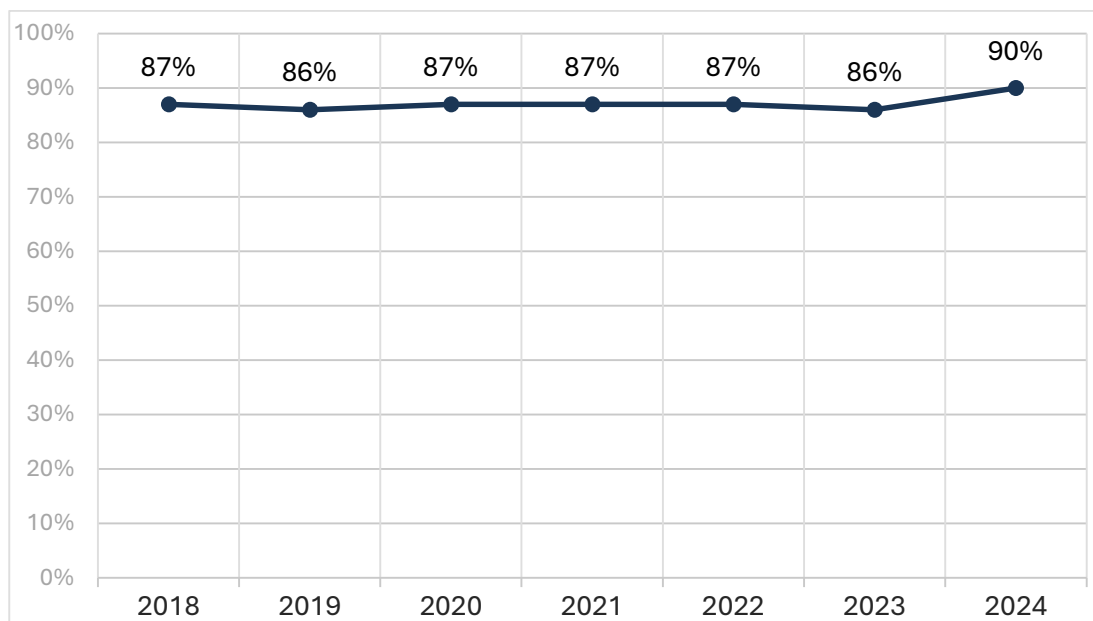
Schließlich besteht ein **Gender Gap** bei Gehältern und Pensionen, der eine fehlende gesellschaftliche Gleichstellung reflektiert: die Gehälter von Frauen sind im Schnitt um 18% niedriger, und ihre Pensionen um 41%, womit Österreich im EU-Vergleich auf den hintersten Plätzen landet³.

³ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/einkommen> und <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/pensionen> [08.10.2025]

2 Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System deutlichen Schwankungen unterliegt, bleibt die grundsätzliche Haltung zur Demokratie als System über die Jahre hinweg stabil. An einem Beispiel festgemacht: Sowohl 2018 als auch 2024 waren rund 90 % der Menschen in Österreich von der Demokratie als bester Staatsform überzeugt (Abbildung 4). Dieser Befund schwankt kaum zwischen Einkommensgruppen und gar nicht zwischen den Geschlechtern.

Abbildung 4: Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform



Quelle: Demokratie Monitor 2018 – 2024.

Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“ Dargestellt ist stimme sehr und ziemlich zu.

Diese starke Zustimmung fällt mit einer überwiegenden Ablehnung autoritärer Regierungsformen zusammen: nicht einmal jede:r Zehnte sprach sich 2024 für eine „Diktatur auf Zeit“ für die kommende Legislaturperiode aus, oder befürwortete, dass Parteien Gewalt einsetzen, um ihre Interessen durchzusetzen, etwa ein Fünftel der Befragten kann sich unter bestimmten Umständen einen starken Führer vorstellen oder denkt, dass Parteien manchmal demokratische Regeln brechen müssen.

Auf der anderen Seite würde eine knappe Mehrheit mehr direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten nach Vorbild der Schweiz dem bestehenden System vorziehen. Mehr direkte Demokratie bedeutet jedoch nicht automatisch

eine qualitativ bessere Demokratie (etwa, wenn parlamentarische Prozesse durch polarisierende Mehrheitsentscheide ersetzt werden und die Perspektiven der unterlegenen Bevölkerungsgruppen kein Gehör finden).

Bei den jüngsten Wahlen konnten weltweit vor allem Parteien Zugewinne erzielen, deren Spitzen die Rolle der Parlamente, konstitutionelle Grundrechte und die Unabhängigkeit der Justiz infrage stellen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass autoritäre Haltungen in der Bevölkerung insgesamt zugenommen hätten. Zwar weist etwa ein Fünftel der Menschen in Österreich ein autoritäres Potenzial auf, dieses bleibt aber diffus: Demokratische Überzeugungen bestehen hier neben einer höheren Zustimmung zu autoritären Herrschaftsformen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren tatsächlich stärker von der Demokratie abgewandt: 2018 wie 2024 wiesen rund 8% ein durchgängig antidemokratisches Einstellungsmuster auf. Innerhalb dieser Gruppe kam es jedoch ab 2020 zu einer Verfestigung autoritärer Positionen, die sich in höherer Zustimmung zu Einschränkungen von Parlament, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Justiz niederschlägt.

Breiteren Einfluss auf die Wahrnehmung der Demokratie hat eine längerfristige Entwicklung, die seit den 1980er Jahren unter Begriffen wie „Postdemokratie“ (Crouch 2008) diskutiert wird. Mit dem Ausbau eines freihandelsbasierten Wirtschaftssystems und der Einbindung in supranationale Rechtsrahmen wurde der Handlungsspielraum der Politik zunehmend auf marktliberale Optionen beschränkt. Gleichzeitig verloren Bürger:innen die Möglichkeit, durch demokratische Verfahren auf grundlegende Rahmenbedingungen einzuwirken.

Während die Volkssouveränität als oberste Verfassungsnorm bestehen blieb, lässt sich daraus heute eine nur mehr stark reduzierte kollektive Wirksamkeitserfahrung ableiten. Diese Repräsentationslücke spiegelt sich auch in Österreich wider.

Politische Bewegungen, die versprechen, den Menschen „ihre Stimme zurückzugeben“, finden auch aus diesen Gründen Resonanz. Solche populistischen Momente sind dabei weder historisch einzigartig noch reine Wiederholungen, sondern treten regelmäßig auf, wenn das Gleichgewicht zwischen Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft ins Wanken gerät (u.a. Canovan 1999; Möller 2024).

Diese Befunde passen auch gut zu den laut Demokratie Monitor 2024 stärksten korrelationsstatistischen Zusammenhängen mit der Einschätzung der Bevölkerung, wie gut das politische System in Österreich funktioniert.

Ein multivariates Modell zeigt, dass die **Zufriedenheit mit dem politischen System umso höher** ist,⁴

- je mehr der **Bundesregierung und dem Bundespräsidenten vertraut** wird,
- je größer die Zustimmung zur Aussage ist, dass **Menschen wie ich im Parlament gut vertreten** werden
- je eher der Anschein entsteht, dass sich **politische Entscheidungen an den Anliegen der Menschen orientieren**

Wenn jedoch die Wahrnehmung besteht, dass Politik Menschen **wie mich als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt**, hat dies einen **signifikant negativen Effekt** auf die Demokratie-Zufriedenheit.

Es ist also ein **Mix aus Gleichwertigkeits-Erfahrungen, Erleben der Interessens-Wahrnehmung durch die Politik und Institutionenvertrauen**, der den Eindruck fördern – oder unterwandern – kann, dass das politische System in Österreich gut funktioniert.

⁴ Dahinter liegen natürlich auch strukturelle Variablen wie Bildung und Einkommen, bzw. politische Orientierungen als gemeinsame Ursachen. Das führt aber nicht dazu, dass bei Kontrolle für diese Hintergrundvariablen die Zusammenhänge verschwinden, d.h. auch innerhalb bestimmter (v.a. in den niedrigeren) Einkommensklassen sind diese Zusammenhänge in der Regel noch signifikant.

3 Schlussfolgerungen

Das Amt des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin erfüllt unterschiedliche Funktionen. Neben den rein formalen Aufgaben (von Angelobung der Bundesregierung bis verfassungskonformes Zustandekommen von Gesetzen) kann das Staatsoberhaupt aufgrund seiner bzw. ihrer informellen Autorität sowohl auf die politischen Entscheidungsträger:innen als auch auf die Bevölkerung einwirken.⁵

Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, kann das Präsident:innenamt **Orientierung im öffentlichen Diskurs** geben. Welche Möglichkeiten scheinen hier auf Basis der vorliegenden Evidenz schlüssig?

Die Ergebnisse des Demokratie Monitors 2018–2024 zeigen: Die Demokratie in Österreich genießt weiterhin breite Zustimmung, doch das Vertrauen in das politische System ist geschwächt. Entscheidend ist weniger eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Prinzipien, sondern eine wachsende Repräsentationslücke – insbesondere entlang von vor allem sozio-ökonomischer, aber auch geschlechtsspezifischer und staatsbürgerrechtlicher Linien.

Um diese Lücke zu verringern, ist die Politik auf drei Ebenen gefordert:

Erstens **soziale Grundlagen sichern** – etwa durch den Abbau von Einkommens- und Vermögensungleichheiten, bessere Arbeits- und Care-Bedingungen sowie gezielte Maßnahmen gegen den Gender Gap.

Zweitens **demokratische Teilhabe ausweiten** – mit Reformen bei Wahlrecht und Staatsbürgerschaft, niederschweligen Beteiligungsformen und dem Abbau von Barrieren für Frauen und einkommensschwächere Gruppen. Die Ausweitung der Teilhabe umfasst auch einen Ausbau der demokratiepolitischen Bildung in Schulen und der Erwachsenenbildung – mit dem Ziel, demokratische Grundkompetenzen zu vermitteln, die eine Teilhabe und Teilnahme am politischen Leben ermöglichen.

Drittens **Repräsentation und Vertrauen** stärken – durch mehr Vielfalt in Politik und Institutionen, etwa durch Quotenregelungen und Monitoringprozesse, sowie konsequente Transparenz- und Antikorruptionsregeln.

⁵ Hier ist von Bedeutung, dass die Institution des Bundespräsidenten-Amtes von der im Demokratie Monitor aktuell sichtbaren Repräsentationskrise weniger betroffen ist als die Institution Bundesregierung (vgl. Abbildung 6 im Anhang). Gleichzeitig kann sich auch das höchste Amt im Staat nicht von der fortschreitenden Verunsicherung der Bevölkerung abkoppeln.

Fortschritte in diesen drei Bereichen würden sich positiv auf die empirisch nachgewiesenen Einflussfaktoren auf die Zufriedenheit mit dem demokratischen System⁶ auswirken, indem sie

- das demokratische Grundversprechen einlösen helfen, dass allen Menschen gleich viel Wert beigemessen wird und dementsprechend auch ihre Anliegen vertreten werden
- das Vertrauen in die demokratischen Institutionen stärken
- und in Summe so wieder – gerade in Zeiten multipler Krisen und von steigendem Pessimismus – die kollektive Selbstwirksamkeits-Wahrnehmung einer Gesellschaft erhöhen.

Bundespräsident:innen geben der Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträger:innen über verschiedenen Kommunikationskanäle (von Ansprachen bis zu Social Media Posts) Orientierung, in dem er – auf Basis geteilter Werthaltungen – die aktuelle Situation beschreibt und deutet sowie darauf aufbauend auf Prioritäten und Strategien für den gemeinsamen Weg in die Zukunft verweist.

Hierbei kann das Erleben, von der Politik als Mensch gleich ernst genommen zu werden wie alle anderen Teile der Gesellschaft, und ob ich im politischen System – also etwa im Parlament – gut vertreten werde, natürlich nicht rhetorisch verordnet werden. In der aktuellen, von Krisen geprägten Stimmung (die sich wohl auf absehbare Zeit kaum fundamental verbessern wird) ist es unerlässlich, dass die Bevölkerung mit ihrem Mix an Emotionen verstanden und dort abgeholt wird, wo sich gerade befindet.⁷

Empathie mit der Bevölkerung bedeutet jedoch nicht, dass ihr ein bloßes Echo zurückgeworfen wird, sondern realistische, glaubwürdige und auf ihre Situation passende Perspektiven geboten werden – auf Basis des bisher Erreichten und das demokratische Österreich prägende Werthaltungen.

Dass die Demokratie – weltweit wie in Österreich – derzeit unter Druck steht und sich alles andere als leicht tut, *für alle* ein Leben in Wohlstand und Sicherheit zu garantieren, soll dabei nicht unter den Teppich gekehrt werden: Denn jeder

⁶ s. Ende des zweiten Abschnitts

⁷ Hier nochmals der Hinweis ((vgl. Abschnitt 1), dass die Einstellungen ein wenig nach Geschlecht und sehr deutlich nach materieller Situation variieren und Menschen mit weniger Ressourcen deutlich negativere Wahrnehmungen haben.

empirische Befund zeigt, dass die Sorgen, dass wir hier scheitern könnten, sich tief in unsere Gesellschaft gefräst haben.

Aber allein durch das Anerkennen dieser fordernden Aufgabe sowie das Differenzieren von Erfolgen und Schmerzpunkten ist ein erster Schritt getan. Darauf aufbauend kann ein Weg gezeichnet werden, der auf der einen Seite kein beschönigendes und damit unglaubwürdiges Bild künftiger Entwicklungen zeichnet, sich aber auf der anderen Seite bewusst von den international immer mehr in Mode kommenden disruptiv-autoritären Strategien abgrenzt, die insinuieren, dass substantielle Änderungen zum Besseren nur auf dem Schutt der liberalen Demokratie möglich seien.

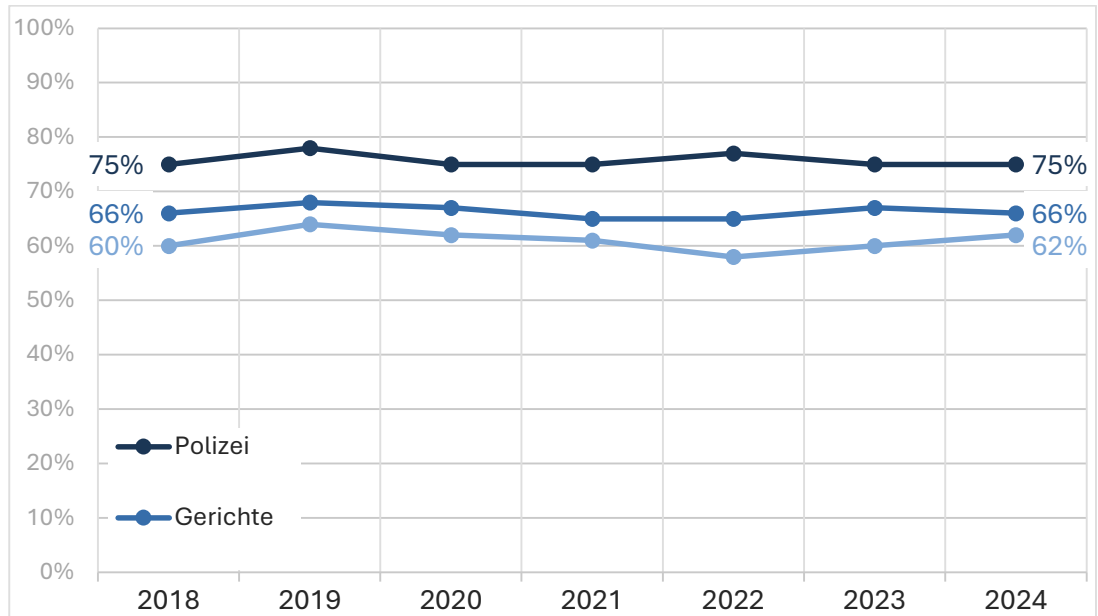
Die Demokratie in Österreich steht (noch) nicht vor einer Krise der Legitimität, sondern vor der Aufgabe, ihre Repräsentationskraft zu erneuern. Gelingt es, Ungleichheiten zu verringern, politische Teilhabe breiter zu ermöglichen und das Vertrauen in Institutionen wieder zu stärken, kann die Demokratie nicht nur stabilisiert, sondern auch zu einem Instrument breiter Teilhabe ausgestaltet und für die Herausforderungen der Zukunft bereit gemacht werden.

Literaturverzeichnis

- Canovan, M. (1999). Trust the people! Populism and the two faces of democracy. *Political studies*, 47(1), 2-16.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp.
- Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2017). „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(2), 161-180.
- Ferschli, B., Kapeller, J., Schütz, B., & Wildauer, R. (2017). Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft*, (167).
- Hudelst, S. & Haager, T. (2024), *Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen 2023*, Verlag Arbeiterkammer Wien.
- Lowande, K., Ritchie, M., & Lauterbach, E. (2019). Descriptive and Substantive Representation in Congress: Evidence from 80,000 Congressional Inquiries. *American Journal of Political Science*, 63(3), 644-659.
- Möller, K. (2024). *Volk und Elite: Eine Gesellschaftstheorie des Populismus*. Suhrkamp.
- Peters, Y., & Ensink, S. J. (2015). Differential responsiveness in Europe: The effects of preference difference and electoral participation. *West European Politics*, 38(3), 577-600.
- Schäfer, A. (2015). *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main 2015.
- Statistik Austria (2025): *Statistik des Bevölkerungsstandes, STATcube: Statistische Datenbank von Statistik Austria*.
- Wängnerud, L. (2009). Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. *Annual Review of Political Science*, 12(1), 51-69.
- Zandonella, M. (2024). *Demokratie Monitor 2024*, Wien: FORESIGHT.

Anhang

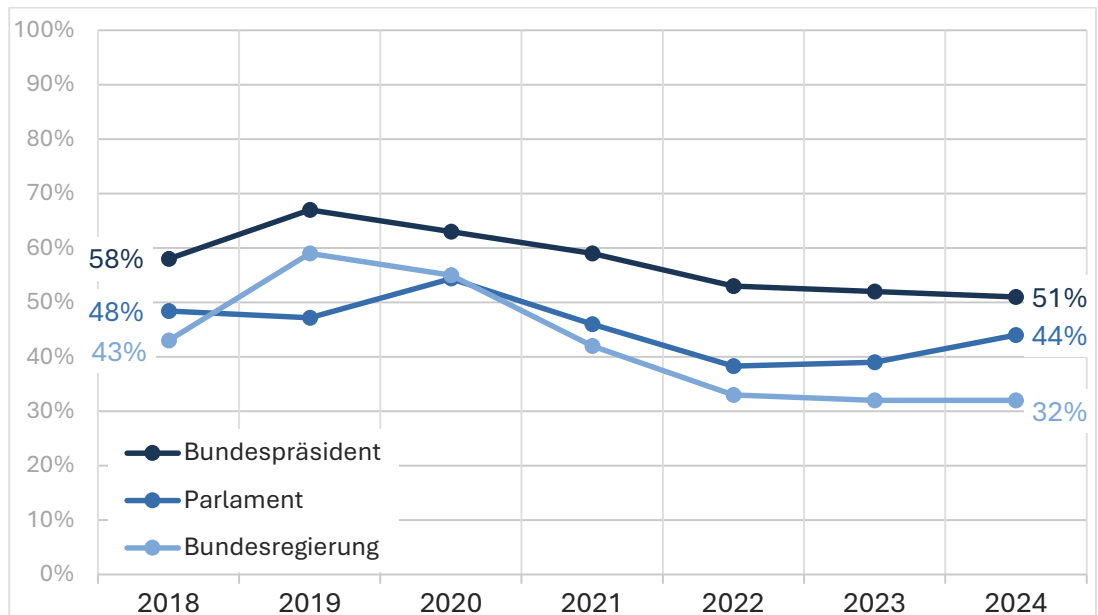
Abbildung 5: Vertrauen in Polizei, Gerichte und Verwaltung



Quelle: Demokratie Monitor 2018 – 2024.

Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

Abbildung 6: Vertrauen in Bundespräsident, Parlament und Bundesregierung



Quelle: Demokratie Monitor 2018 – 2024.

Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“